

## Positionspapier der Attac-Arbeitsgruppe „Globalisierung und Krieg“

### 1. Name, Thema, Ziel und Arbeitsweise der AG

Name: AG Globalisierung und Krieg

Nach dem Beginn des US-Krieges gegen Afghanistan im Herbst 2001 haben sich innerhalb von Attac zahlreiche Antikriegs- und Friedensgruppen gegründet, die sich in internen und öffentlichen Veranstaltungen über den Zusammenhang von neoliberaler Globalisierung und Krieg verständigten und aktiven Widerstand gegen Kriegstreiberei und Aufrüstung mobilisierten. Diese Gruppen haben ihren Protest gegen den Beschluss der rot-grünen Bundesregierung, sich mit „uneingeschränkter Solidarität“ an diesem Krieg zu beteiligen und Truppen der Bundeswehr in alle Welt zu entsenden, öffentlich gemacht. Sie haben Foren, Podiumsdiskussionen, Info-Stände organisiert, in Bündnissen mitgearbeitet und waren bei Protest-Demonstrationen gegen Kriegsbeteiligung, Aufrüstung, Rüstungsexport und Abbau der Demokratie auf der Straße (Antikriegsdemonstrationen in Berlin und in anderen Städten, Protest gegen NATO-„Sicherheitskonferenz“ in München, Ostermärsche). Dabei wurde der Zusammenhang von neoliberaler Globalisierung und Krieg jeweils thematisiert. Anlässlich des Besuchs von George W. Bush in Berlin hat Attac mit den traditionellen Kräften der Friedensbewegung im Bündnis „Achse des Friedens“ zusammengearbeitet. Der Protest unter dem Gesichtspunkt „Globalisierung und Krieg“ prägte die großen Demonstrationen in Berlin und die dezentralen Aktionen. Diese aktive Auseinandersetzung hat zu einer Ausweitung des thematischen Rahmens von Attac Deutschland geführt und das Selbstverständnis von Attac geprägt. Beim bundesweiten Attac-Ratschlag im Mai 2002 wurde eine Erklärung verabschiedet, die den Zusammenhang von Globalisierung und Krieg benennt und deutlich macht, dass Opposition gegen Krieg eines der konstitutiven Elemente unserer Bewegung ist:

*„Die neoliberale Globalisierung hat sehr viele Verlierer und nur wenige Gewinner hervorgebracht. Sie begünstigt damit politische Destabilisierung und ist ein Grund für Gewalt, Krieg und Terrorismus. Dies führt zur Rechtfertigung von weltweiter Aufrüstung, von Militarisierung und zur Aushöhlung demokratischer Rechte. Die neoliberale Globalisierung ist keineswegs schicksalhaft und alternativlos... Attac streitet für eine neue Weltwirtschaftsordnung, in der der Reichtum der Welt gerecht verteilt und ökologisch genutzt wird. Attac ist Bestandteil der Antikriegs- und Friedensbewegung, denn eine gerechte Welt ist ohne Frieden nicht möglich. Attac setzt sich ein für ein Ende der neuen Kriegsvorbereitungen und Kriege und für zivile und friedliche Konfliktlösungen. Eine Militarisierung der Außenpolitik und Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland lehnen wir ab.“*

Mit der Gründung einer bundesweiten AG Globalisierung und Krieg wird dem Bedürfnis nach Vernetzung und größerer Wirksamkeit bei der Entwicklung von Widerstand gegen Globalisierung - in ihrer derzeit betriebenen Form zugunsten der Mächtigen - und gegen Krieg entsprochen.

Die AG Globalisierung und Krieg ist ein Aktionsbündnis von Attac-Friedens-/Antikriegsgruppen, von Mitgliedsgruppen und Einzelpersonen. Die AG ist geprägt von weltanschaulichem Pluralismus. Unsere Verschiedenheit wollen wir als Stärke nutzen. Unser gemeinsamer und spezifischer Ansatz (im Unterschied zur Friedensbewegung) ist, dass wir den strukturellen Zusammenhang von Globalisierung und Krieg herausstellen und unter diesem Blickwinkel für eine Ausweitung der Antikriegsbewegung eintreten. Es ist das Ziel der AG, über die Ursachen von weltweiten Kriegen zu informieren, die Schuldigen zu benennen und mit kreativen Widerstandsaktionen den Protest zu mobilisieren. Die AG soll Austausch und Vernetzung – auch international – ermöglichen.

Es wird die Zusammenarbeit mit Friedensbewegungen in den von Krieg betroffenen bzw. bedrohten Regionen und besonders mit Immigrantengruppen aus den entsprechenden Ländern in Deutschland angestrebt.

Die AG trifft sich mehrmals jährlich nach Bedarf (gegenwärtig alle 1-2 Monate). Außerhalb der Treffen dienen eine Mailingliste sowie eine Homepage innerhalb der Website von Attac Deutschland als Forum des Austauschs.

### 2. Zusammenhang des Themas mit Globalisierung, spezifisch globalisierungskritische Perspektive, Kernforderungen der AG

1. Die neoliberale Globalisierung mit den Strukturanpassungsprogrammen von IWF und Weltbank hat die Welt nicht verbessert. Die einseitig auf wirtschaftliche Interessen ausgerichtete Globalisierung, die der Friedensforscher Johann Galtung als „strukturelle Gewalt“ beschreibt, führt in den verschiedenen Regionen zu unterschiedlichsten Formen sozialer Ausgrenzung und zur Vergrößerung der Kluft zwischen Arm und Reich. In immer kürzeren Abständen werden Entwicklungsländer in katastrophale Krisen gestürzt. Die damit einhergehende soziale Polarisierung hat weltweit zu politischer Destabilisierung geführt und schafft den Nährboden für Gewalt, Terror und Krieg.

2. Seit dem Zusammenbruch des Ostblocks 1989/90 ist der Kampf um die Neuaufteilung von Einflussphären und Machtbereichen im vollen Gange. Dies zeigt sich unter anderem an den Versuchen der USA, Deutschlands und verbündeter Staaten, den Afghanistan-Krieg dazu zu nutzen, in verschiedenen zentralasiatischen Republiken dauerhafte Militärpräsenz einzurichten. Die seit der Asienkrise 1997 sich entwickelnde Krise der Weltwirtschaft hat zu einer Verschärfung der Weltmarktkonkurrenz unter den Nationalstaaten geführt. Diesen Kampf auch mit Gewalt oder der Androhung von Gewalt zu führen ist aus Sicht der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Eliten ein logisches Mittel zur Durchsetzung "nationaler" Interessen. Denn neoliberale Globalisierung zeichnet sich unter anderem durch die Durchsetzung des Rechts des Stärkeren mit Gewalt aus. Diese Gewalt wird zunächst zivil versucht, z.B. durch das Vertragswesen des IWF, oder eben wenn zivile Formen von Gewalt nicht greifen, mit kriegerischen Mitteln. Damit wird Krieg zur Fortsetzung von Politik und Handelsauseinandersetzungen mit anderen Mitteln.

3. Nach den terroristischen Anschlägen vom 11. September 2001, die wir schärfstens verurteilen, wurde eine neue Phase kriegerischer Auseinandersetzungen eingeleitet. Die Weltbevölkerung ist konfrontiert mit dem Szenarium des permanenten Krieges. Unter dem Slogan "Krieg gegen den Terror" hat US-Präsident George W. Bush einen "beispiellosen Feldzug" und eine Zweiteilung der Welt in "Gut" und "Böse" ausgerufen, was als Rechtfertigung für den militärischen Kampf um Einflussphären, Rohstoffe, Transportwege und letztlich der Absicherung der weltweiten Hegemonie-Ansprüche der USA dient. Dieser US-"Feldzug gegen den Terror" begründet eine neue Qualität der Kriegsführung und bedroht den Weltfrieden. Im Namen des "Krieges gegen den Terrorismus" werden in der ganzen Welt zivile und politische Rechte verletzt. "Krieg gegen Terror" dient als Vorwand, um jedes Gebiet der Welt zum Kriegsgebiet zu erklären. Unabhängigkeitsbestrebungen von Minderheiten werden mit brutaler militärischer Gewalt unterdrückt (u. a. in Palästina und Tschetschenien).

4. Aktuell steht der Irak-Krieg vor der Tür. Deshalb beziehen wir uns im folgenden beispielhaft auf ihn, ohne zu verschweigen, dass unzählige andere Kriege ebenso die Zusammenhänge zwischen Globalisierung und Krieg verdeutlichen könnten. Die Vorbereitungen für einen US-Krieg gegen den Irak sind im vollen Gange. Nach 11 Jahren mörderischer Kriegs- und Embargopolitik, der bisher mehr als eine Million Menschen zum Opfer gefallen sind, soll mit einem neuen Krieg der unmittelbare Zugriff auf irakische Ölreserven möglich werden, die Gewinne von mehr als 10 Billionen US-Dollar erwarten lassen. Daneben geht es aber auch um die langfristige politische und gegebenenfalls militärische Kontrolle der Region, um die Sicherung der Einflussnahme in einer für die Rohstoffzugriffe und gleichermaßen die Erschließung neuer Absatzmärkte. Die Zuspitzung der "imperialistischen" Konkurrenz wird hier offensichtlich, sowohl im Verhältnis der USA zu Europa als auch der EU-Staaten untereinander. Frankreich, Deutschland oder Großbritannien seien hier beispielhaft genannt. Diesen Krieg durch massive Proteste zu verhindern, ist Aufgabe für Globalisierungskritiker und Friedenskräfte weltweit.

5. Zur Erreichung ihrer Ziele kündigen die USA das bisher Udenkbare – die Anwendung nuklearer Waffen - an.

6. Die USA nehmen mit ihrer unvergleichlichen militärischen Dominanz für sich die Rolle des Weltpolizisten in Anspruch und ignorieren internationale Abkommen und Verträge. Der Vertrag über das Verbot der Herstellung und des Verkaufs von Anti-Personen-Minen wurde abgelehnt, der Kontrollvertrag über die interkontinentalen, ballistischen, mit Atomsprengkörpern bestückten Flugkörper widerrufen. Die US-Regierung weigert sich, das Protokoll zur Kontrolle der biologischen Waffen zu unterzeichnen. Den internationalen Strafgerichtshof (Römer-Konvention von 1998) verwirft sie. Die USA tätigen im Jahr 2002 42 Prozent aller Militärausgaben der Welt. Dem Haushaltsentwurf zufolge soll der Rüstungsetat im Jahr 2003 die Rekordhöhe von 380 Milliarden Dollar erreichen. Bis 2007 sollen die Rüstungsausgaben um 120 Milliarden auf 451 Milliarden Dollar erhöht werden.

7. Die rot-grüne Bundesregierung hat keine Friedenspolitik betrieben, sondern im Gegenteil trägt sie die Verantwortung für die ersten Kriegseinsätze der Bundeswehr seit Gründung der Bundesrepublik. Mit dem Bundestagsbeschluss zur Entsendung der Bundeswehr im November 2001 wurde ein Freibrief für militärische Operationen der Bundeswehr in der gesamten Konfliktregion von Ostafrika bis Zentralasien beschlossen. Im Juni 2000 bewilligte das Bundeskabinett die Verdreifachung der sogenannten "Einsatzkräfte" bis zum Jahr 2006 auf insgesamt 150.000 Mann. Für den Airbus A 400 stellt der Bundestag 8,5 Milliarden Euro bereit. Der im Oktober 2001 veröffentlichte Rüstungsexportbericht 2000 zeigt: Drei Jahre Rüstungsexportpolitik von SPD und Grünen haben keine Reduzierung sondern sogar eine Erhöhung der Waffenlieferungen gebracht. Nach wie vor fehlt Transparenz bei Rüstungstransfers. Die BRD liefert Waffen in Konflikt- und Krisengebiete und ist damit an Kriegen weltweit beteiligt.

8. Nach dem 11. September 2001 ist die Rolle des Staates im Rahmen der Globalisierung klarer sichtbar geworden. Während auf der einen Seite die Fähigkeit des Staates zunehmend in Frage gestellt wird, über eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums sowie eine aktiv im Sinne des Gemeinwohls steuernde Politik für Gerechtigkeit, menschenwürdiges Leben und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sorgen, wächst auf der anderen Seite die Tendenz, den resultierenden gesellschaftlichen Spannungen autoritär und repressiv zu

begegnen. Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung werden sogenannte "Sicherheitspakete" verabschiedet, die dazu dienen, demokratische Rechte abzubauen und Oppositionelle zu kriminalisieren.

9. Krieg kostet Geld. Der militärischen Aufrüstung der Staaten steht soziale Verelendung riesigen Ausmaßes gegenüber. Heute verhungert alle sieben Sekunden ein Kind unter zehn Jahren. Alle vier Minuten verliert ein Mensch das Augenlicht wegen Mangel an Vitamin A. Über 100.000 Menschen sterben am Hunger oder seinen unmittelbaren Folgen jeden Tag. Auch in den entwickelten Industrieländern wird das Heer der Armen und Ausgegrenzten immer größer. Andererseits: Für nur etwa 5 Prozent des internationalen Militärbudgets, für 40 Mrd. US \$ jährlich - das ist weniger als die gegenwärtige Erhöhung des US-Militäretats - könnten laut UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) alle Menschen mit Wasser und Kläranlagen versorgt, eine Gesundheitsbetreuung für Schwangerschaften und Geburten organisiert, die Grundversorgung mit Nahrung und medizinischer Betreuung gewährleistet und die Grundausbildung der Kinder gesichert werden.

10. Die Bundeswehr hat derzeit ca. 10.000 Soldaten im Auslandseinsatz. Beim umfassendsten Einsatz aller Zeiten mit dem propagandistisch-verlogenen Namen "Enduring Freedom" sind Bundeswehrsoldaten in Kuwait, in Kenia, in Djibouti, am Golf von Aden, im südlichen Roten Meer, im Seegebiet entlang der Küste von Somalia, im Mittelmeer, in Usbekistan, im Oman, im Iran, in den USA mit AWACS-Flugzeugen, in der Türkei stationiert. Dagegen setzen wir: "Enduring Resistance!" - "Dauerhafter Widerstand!"

11. Wir wenden uns mit Entschiedenheit gegen die Einteilung unserer Welt in "Gut" und "Böse", welche den Kriegsplänen der USA zugrunde liegt. Dem westlichen Größenbewußtsein, mit einer gottgegebenen, heilbringenden Führungsrolle beauftragt zu sein, für deren Durchsetzung jedes Mittel recht ist, erteilen wir eine eindeutige Absage. Die vermeintlich religiöse Verpflichtung, das radikal Böse in anderen Teilen der Erde um den Preis massenhafter Vernichtung von Menschenleben und Naturgütern ausrotten zu müssen, betrachten wir als verhängnisvollen Wahn. Durch ihn wird der Terrorismus, den man bekämpfen will, gerade nicht überwunden, sondern terroristisch beantwortet und damit radikalisiert. Wir sehen viel mehr, dass nicht nur das Christentum, sondern jede Religion das Potential in sich birgt, dass ihre Anhänger sich in die Bewegung einreihen "für eine andere Welt", eine menschengerechte Welt ohne Feindbild, ohne Krieg und ohne Ungerechtigkeit.

12. Forderungen der AG:

- Sofortiger Rückzug der Soldaten und der ABC-Spürpanzer aus der Golfregion
- Keine politische, finanzielle oder logistische Unterstützung durch die deutsche Bundesregierung für einen Krieg gegen den Irak, ob mit oder ohne UN-Mandat
- Nein zum Krieg in Afghanistan, zum geplanten Angriff auf den Irak und allen anderen Angriffskriegen
- Nein zur Militarisierung der deutschen Außenpolitik. Wir sind gegen jegliche Kriegseinsätze der Bundeswehr.
- Sofortige Beendigung des Embargos gegen den Irak
- Nein zur weltweiten Aufrüstungsspirale - stattdessen staatliche Investitionen in die soziale Grundversorgung.
- Wir fordern ein Ende der Rüstungsexporte und die Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion.
- Für die Unterstützung internationaler FriedensaktivistInnen und Friedensgruppen in Konfliktregionen
- Für die Herstellung ökonomischer Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd. Voraussetzung für einen wirklichen Frieden ist eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, wie sie in der Grundsatzklärung von Attac Deutschland skizziert wird.

### **3. Verankerung in den bestehenden Strukturen von Attac, d. h. Einbeziehung von Mitgliedsorganisationen und Arbeitsgruppen der lokalen Attac-Gruppen**

Da die Initiative zur Gründung der AG von lokalen Attac-Arbeitsgruppen ausgeht, ist die Verankerung in den Strukturen von Attac gewährleistet. Zu bestimmten Anlässen wird die AG in übergreifenden Projektgruppen mit anderen Mitgliedsorganisationen und mit anderen Attac-Arbeitsgruppen zusammenarbeiten. Die AG Globalisierung und Krieg strebt an, Expertenwissen (z. B. vom wissenschaftlichen Rat bei attac, aus der Informationsstelle Militarisierung - IMI, oder von IPPNW) innerhalb von Attac zur Verfügung zu stellen. Sie wird Attac-Positionen zum Thema Krieg und Frieden vorbereiten und Informationsmaterial erstellen. Längerfristig möchte die AG für externe Anfragen zur Verfügung stehen, indem entweder Mitglieder der AG Wissen weitergeben oder indem fachkundige Referenten vermittelt werden.

Bisher haben sich einzelne Mitglieder der AG bei der Attac-Sommerakademie eingebracht. Für die Sommerakademie 2003, für die Schulung Attac-DGB-Jugend 2003 und für den nächsten Attac-Kongress strebt die AG eigene Seminarangebote an. Schon aus der Anerkennung des Zusammenhangs von Globalisierung und Krieg ergibt sich, dass die AG nicht isoliert arbeiten kann. Sie wird ihre Wirksamkeit und ihre Kraft wesentlich aus der Verankerung in den Strukturen von attac beziehen.

#### 4. Vorläufige Arbeitsplanung

7. u. 8. 12. 02 Teilnahme am Friedenspolitischen Ratschlag in Kassel
- 15.2.3 Internationale Friedensdemonstrationen in allen europäischen Hauptstädten
- Tag X Am Tag des Kriegsbeginns Demonstrationen in allen Städten sowie am darauffolgenden Samstag in allen Hauptstädten
- 2003 Vorbereitung von Seminaren für die attac-Sommerakademie und die gemeinsame Sommerakademie DGB-Jugend/attac